

Waffengesetz

Die von der SPÖ immer wieder völlig unnötig losgetretenen Diskussionen über das österreichische Waffenrecht hat viel Protest und Verunsicherung bei allen legalen Waffenbesitzern erzeugt. So tragisch und verurteilenswert ein Mord oder Unfall mit einer Schußwaffe ist, kein einziger wäre durch ein generelles SPÖ-Waffenverbot verhindert worden.

Die ÖVP setzt sich dafür ein, daß der Kampf gegen illegale Waffen verstärkt wird. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen müssen unbedingt eingehalten und die entsprechenden Kontrollen - besonders was die ordnungsgemäße Verwahrung von Waffen und die Zuverlässigkeit des Waffenbesitzers betrifft - durch die Sicherheitsbehörden genau durchgeführt werden.

Die ÖVP ist daher aus guten Gründen gegen ein generelles Waffenverbot:

- **Ein Waffenverbot trifft nur legale Waffenbesitzer. Verbrecher verwenden keine registrierten Waffen.** Illegale Waffen sind in genügender Anzahl vorhanden und können am Schwarzmarkt erworben werden. Wir wollen nicht, daß die Bürgerinnen und Bürger ihre Waffen bei der Mafia im Schwarzhandel kaufen und der Staat nicht mehr weiß, wer über eine Waffe verfügt.
- **Durch ein Waffenverbot werden verfassungsmäßig garantierte Rechte verletzt**, wie z.B. das Eigentumsrecht unbescholtener Bürger, die glattweg enteignet werden würden oder denen man damit ihr Recht auf Notwehr nimmt.
- **Der kriminelle Gebrauch von Schußwaffen in Österreich ist einer der niedrigsten in Europa.** Und er ist in den letzten Jahren sogar rückläufig. Nur in 3 von 1000 Straftaten wurde im Jahr 1996 eine Schußwaffe verwendet (143 Fälle).

- **Ein Waffenverbot trägt nicht zu erhöhter Sicherheit bei.** Ein solches Verbot würde lediglich die Verbreitung illegaler Schußwaffen in Österreich vermehren und daher kontraproduktiv wirken. Auch das seinerzeit erlassene Verbot des freien Erwerbs von „Pump-Guns“ hat keine positiven Ergebnisse gebracht: Obwohl 500 Millionen Schilling von der Bundesregierung zum Rückkauf derartiger Waffen zur Verfügung gestellt wurden, sind diese nur zu einem geringen Prozentsatz (etwa 20%) tatsächlich zurückgegeben worden. Der große Rest von Pump-Guns ist jetzt völlig unkontrolliert in der Illegalität, ohne daß nur irgendwer im Staat weiß, wer die Besitzer solcher Waffen sind.
- **Affektträger verwenden alle möglichen Waffen und Gegenstände**, die ihnen zugänglich sind. Auch mit Messern, Hacken, Baseballschlägern oder mit bloßen Händen können Morde begangen werden.
- **Durch ein Waffenverbot kommt es zur Auflösung des Notwehrrechts** und damit zur Abschaffung eines in der österreichischen Rechtsordnung immanenten Grundrechts. In der Folge würde lediglich die Sicherheit von Einbrechern steigen, weil diese bei ihren kriminellen Handlungen mit keinem Widerstand mehr rechnen müßten.
- **Selbst eine Zunahme von legalen Waffen führt nicht zu mehr Unsicherheit.** Wer das behauptet, kann durch entsprechende Fakten leicht widerlegt werden. Die Zahl von Besitzern legaler Faustfeuerwaffen stieg zwischen 1982 und 1996 um 75%; dagegen ist im selben Zeitraum bei Straftaten die Verwendung von Schußwaffen um 43 Prozent zurückgegangen. Ein Vergleich mit den Nachbarländern bestätigt diese Statistik. In Deutschland haben bei 100.000 Straftaten 10,4 Personen eine Schußwaffe verwendet; in Österreich nur 1,8 Personen.
- Das neue und sehr strenge österreichische Waffengesetz ist erst vor kurzem beschlossen worden und noch nicht einmal in allen Teilen in Kraft getreten.

Impressum: Mitarbeiter Magazin - Nr. 6/Mai 1999; Medieninhaber: Die Österreichische Volkspartei, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien; Erscheinungsort: Wien; DVR-0076520; Zulassungsnummer 137527W82U; Verlagspostamt: 1010 Wien, P.b.b.

Im Interesse Österreichs.

Mehr über dieses oder andere Themen erfahren Sie:

Internet: <http://www.oevp.at>

ÖVP-Bürgerservice: Tel: 01/40126-199

Weitere Karten erhalten Sie unter 01/40126-111